

# „Die Ärzte müssen den Notstand selbst regeln“

**INTERVIEW** Schlechte Vorbereitung auf die Corona-Krise: Fachärzte-Sprecher Bernd Salzer sagt, die Politik lasse die Medizin im Stich

Von unserer Redakteurin  
Valerie Blass

**K**liniken bereiten sich auf die Versorgung schwerkranker Covid-19-Patienten vor. Nicht unbedingt notwendige Eingriffe sind abgesagt und Ambulanzen geschlossen worden, auch an den SLK-Kliniken. In dieser Situation sollen die Fachärzte bei der Notfallversorgung von Patienten einspringen. Unsere Redaktion hat den Heilbronner Dermatologen Bernd Salzer, Vorsitzender der Fachärztlichen Berufsverbände im Land, gefragt, was nun auf Ärzte und Patienten zukommt.

Warten die Fachärzte in Baden-Württemberg?

**Bernd Salzer:** Das hängt stark vom Fachgebiet ab. Ich bin Hautarzt, in diesem Bereich ist es möglich, Patienten in der Praxis zu versorgen, die zuvor in die Klinik gegangen sind und die teilweise auch stationär dort waren. Wir müssen diese Patienten daneben öfter einbestellen. Ambulante Operationen können wir ganz normal weitermachen, denn dafür braucht es in der Regel eine lokale Betäubung und das geht ohne Narkosearzt. Bei Orthopäden sieht das anders aus. Sie fahren ihr OP-Programm zurück, denn für größere OPs braucht man häufig einen Anästhesisten – und die werden wiederum auf Abruf in den Kliniken gebraucht.

Welche Botschaft haben Sie für die Patienten?

**Salzer:** Die Fachärzte sind da und halten die Versorgung am Laufen, Patienten brauchen sich keine Sorgen zu machen.

Wie sollen sich Patienten verhalten? Sollte man Arztbesuche vorerst zurückstellen?

**Salzer:** Leute mit Schmerzen oder anderen schwerwiegenden Beschwerden sollten den Gang zum Arzt nicht zu lange aufschieben aus Angst vor einer Infektion. In den Praxen wird alles Erdenkliche ge-



Foto: privat

„Jetzt sind wir in Woche drei der Krise und es gibt immer noch gravierende Probleme.“

## Zur Person

Dr. **Bernd Salzer** (60) ist niedergelassener Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten in Heilbronn. Außerdem ist er Vorsitzender des Spitzenverbands der Fachärztlichen Berufsverbände in Baden-Württemberg. red

tan, um das Infektionsrisiko zu minimieren. Und ernste Beschwerden sollte man lieber nicht verschleppen, sonst verschlechtert sich der Zustand womöglich dauerhaft. Kleinigkeiten, die warten können, stellt man jetzt besser zurück.

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) hat die Fachärzte im Land aufgefordert, Routinekontrollen und -diagnostik auszusetzen, um Kapazitäten freizuhalten. Was bedeutet das für Niedergelassene?

**Salzer:** Die Praxen sind gerade leerer als sonst, denn wir haben schon vorsorglich Termine storniert. Wenn Routineterminale entfallen oder auf unbestimmte Zeit verschoben werden, bedeutet das natürlich

finanzielle Einbußen. Eine Praxis kann dadurch in Schieflage geraten. Aber ich bin zuversichtlich: Ein Gesetzesentwurf zur Absicherung von Ausfällen im Bereich der gesetzlichen Versicherung ist auf dem Weg.

Haben Ihre Kollegen Verständnis dafür, dass sie einspringen und ihr eigenes Kerngeschäft zurückstellen sollen?

**Salzer:** Ja, das wurde unter den Vertretern der einzelnen Fachverbände vorbesprochen und mit großem Konsens vereinbart.

Fühlen Sie sich von der Politik ausreichend unterstützt?

**Salzer:** Eindeutig nein. Das begann schon vor Wochen bei der Vorbereitung auf eine mögliche Welle von Infizierten. Es gab nicht genügend Schutzausrüstung, es war unklar, wo die Tests stattfinden und wer sie bezahlt, und dann ist zeitweilig noch das Desinfektionsmittel ausgegangen.

Das klingt nach institutionellem Versagen.

**Salzer:** Es hieß immer, Notfallpläne seien vorhanden – aber man muss solch ein Szenario doch auch mal durchspielen. Jetzt sind wir in Woche drei der Krise und es gibt immer noch gravierende Probleme. Schutzausrüstung, vor allem FFP-2-Masken zum Schutz des Praxispersonals vor Infektionen, fehlen weiter und es ist der Ärzteschaft überlassen, diesen Notstand zu regeln.

Das heißt, Sie müssen selbst auf die Suche nach Schutzkleidung gehen?

**Salzer:** Ich habe über persönliche Kontakte einige Masken organisiert. Was die Regierung zur Verfügung stellt, ist immer noch viel zu wenig. Die Masken, die gerade eingetroffen sind, werden an die Zentren verteilt, die Corona-Patienten behandeln oder testen, dann an die Hausärzte. Wir Fachärzte müssen uns selbst kümmern, auch die KV bemüht sich krampfhaft, Schutzausrüstung zu bekommen – und die ist meist völlig überteuert.

## Alte Fehler



Von Thomas Spang

Das Coronavirus führt in den USA zu einer scheinbaren Einheit, zeigt aber auch alte Fehler auf.

Der US-Senat und das Weiße Haus haben sich im Eiltempo auf Rekord-Hilfen in der Corona-Krise verständigt. Mit dem historischen Betrag von zwei Billionen US-Dollar spannt das Gesetzespaket einen Rettungsschirm, der die Auswirkungen der Pandemie für die Wirtschaft abfedern soll. Ob dieser die Amerikaner schützen wird, lässt sich nur schwer abschätzen. Derzeit gibt es zu viele Unbekannte. Aber das Signal ist wichtig.

Republikaner und Demokraten demonstrieren damit, dass selbst in dem von Donald Trump so bitter gespaltenem Land doch noch etwas geht. Immerhin.

Auf tragische Weisheit das Virus damit, was die Amerikaner ohne diese existenzielle Bedrohung nicht hinbekamen. Diese konnten sich vorher ohne Grundsatzdiskussion nicht einmal auf das Füllen von Schlaglöchern verständigen.

Deshalb haben die USA als einzige Industrienation keine Krankenversicherung für alle, fehlt es an Ersparnissen der US-Bürger, eine unerwartete Krise zu meistern. Nicht einmal die Versorgung von Millionen armer Bürger ist gewährleistet.

In der Not müssen Trumps Verbündete erkennen, wie schmerzlich es jetzt ist, die sozialen Sicherheidsnetze und die Gesundheits-Infrastruktur zerschlagen und zusammengekürzt zu haben. Der Rettungsschirm kann deshalb nur ein Anfang sein, das Schlimmste zu verhindern. Das Repräsentantenhaus sollte dem Paket schnell zustimmen. Umso dringender müssen die überfälligen Grundsatzdiskussionen nach Überwindung der Krise geführt werden.

■ Seite 4

## Das wird auch Zeit



Von Marcus Sauer

Bundesregierung will die Flughäfen besser vor überfliegenden Drohnen schützen.

Fachleute schwärmen von den vielfältigen Möglichkeiten, die der Einsatz von Drohnen bietet. Doch es gibt auch eine Kehrseite: Was, wenn eine große Drohne – es sind mittlerweile ziemlich dicke Brummer unterwegs – von dem Triebwerk eines Passagierflugzeugs angesaugt wird und erheblichen Schaden verursacht? Letztlich kann es sogar zum Absturz kommen. Ein Szenario, das für Terroristen von besonderem Interesse sein könnte. Nicht ohne Grund wird der Flugverkehr an großen Flughäfen immer wieder unterbrochen, wenn ferngesteuerte Flugobjekte gesichtet wurden. Während in vielen anderen Ländern schon

große Bemühungen unternommen wurden, den Flugverkehr vor Drohnen zu schützen, hat nun auch die Bundesregierung das Risiko entdeckt und lässt prüfen, wie die Flugsicherheit gewährleistet werden kann. Man ist mit einer Konzeptstudie beschäftigt. Die vor einer Woche erlassene Drohnen-Verordnung war ein Fortschritt, sie gibt jedoch längst nicht genug Antworten. Irritierend ist, dass der Grüne Andrej Hunko nun kritisiert, dass Drohnen an Flughäfen abgeschossen oder mit Störgeräten vom Himmel geholt werden sollen.

Die Praxis in anderen Ländern hat gezeigt, dass es oft gar nicht möglich ist, die Drohnenpiloten zu orten und zu bestrafen. Es gilt, auf Nummer sicher zu gehen und die Gefahr auch für die Zukunft auszuschalten. Dazu müssen die technischen Möglichkeiten verbessert werden, Drohnen frühzeitig zu entdecken. Es muss klare Mechanismen geben, die in solchen Fällen regeln, wer einen unbemannten Flieger mit welcher Ausrüstung vom Himmel holt.

■ Seite 6